



- ◀ 2 Hamborner Erklärung zur Krise der kommunalen Finanzen
- ◀ 7 Konferenz der LINKEN: Für ein soziales und ökologisches NRW
- ◀ 8 Dietrich Schoch: ARGE-Ombudsmann zieht Bilanz
- ◀ www.dielinke-duisburg.de



◀ 3 Kommunalwahlen 2009

Rats- und BezirkskandidatInnen der Duisburger LINKEN und ihr Programm. Hermann Dierkes OB-Kandidat.

Wer zahlt für ihre Krise?

Milliarden für Banken und Konzerne – Sozialkürzungen wie gehabt

BAILOUT PICTURES präsentiert
PETE STEINBRÜCK ANGIE MERKEL JOE ACKERMANN

DER UNTERGANG

DIE LETZTE RETTUNG KOMMT BESTIMMT

IN WEITEREN ROLLEN:
DIE REGIERUNG – DIE MEDIEN – DER EURO – DER DOLLAR – DIE PRIVATBANKEN – DIE SPARKASSEN – DIE GENOSSENSCHAFTSBANKEN – DIE BÖRSE – DIE KLEINANLEGER – DIE GROSSANLEGER – DIE SPARER – DIE STEUERZAHLER – DIE ARNUNGSLOSEN – DIE ARBEITSLLOSEN – DIE ANALYSTEN & EXPERTEN – DIE RICHTIGEN UND DIE VERKEHRTEN – UND VIELE MILLIONEN ANDERE

Umverteilung mit anderen Mitteln?

"Rettungsprogramme" leiten bisher keine neue Politik ein

■ **Jahrelang** hat DIE LINKE eine andere Wirtschafts- und Sozialpolitik gefordert, massive öffentliche Investitionen, Vergesellschaftung des Bankwesens. Regelmäßig wurden unsere Forderungen und Konzepte von den neoliberalen Parteien abgelehnt. DIE LINKE wurde als "Wünsch-Dir-Was-Partei" diffamiert. Der offene Ausbruch der schweren Finanz- und Wirtschaftskrise zeigt auf einmal, was alles möglich ist und welche Summen bewegt werden können, wenn es um die "Rettung" von Banken, Börsenzockern und Konzernen geht. Jetzt gibt es öffentliche Kapitaleinlagen

bei Banken, massive Stützungskredite, öffentliche Investitionszuschüsse an die Kommunen und Teilverstaatlichungen. Die geheiligte EU-Defizitschranke von 3 % des Bruttonettoprodukts wird massiv überschritten. Doch aufgepasst: Was bisher an "Rettungsschirmen" aufgespannt wurde, ist die fortgesetzte Umverteilungspolitik von unten nach oben mit anderen Mitteln.

Wirtschaftliche Steuerung jenseits des Profitprinzips, eine demokratisch kontrollierte Geld- und Kreditwirtschaft, eine neue Steuer- und Sozialpolitik und eine umweltpolitische Wende sind nicht

in Sicht. Die schwere Krise hat erst begonnen. Jetzt muss Widerstand aufgebaut werden, jetzt müssen alternative Konzepte und Forderungen vertreten werden. Für eine neue Sozialpolitik im Interesse der Hartz IV-Geschädigten, der RentnerInnen und Kranken. Für ein Ende der Unterfinanzierung der Kommunen bei der Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben. Für die Stärkung der Massenkaufkraft in den anstehenden Tarifrunden. Beteiligen wir uns an den örtlichen und bundesweiten Protestaktionen und Demonstrationen, sonst kommt es knüppeldick!

Nicht länger tragbar

■ Der Warendorfer SPD-Bundestagsabgeordnete Reinhard Schultz hat seine Partei in der WAZ aufgefordert, „DIE LINKE Schritt für Schritt zu vernichten“.

Wer sich wie Herr Schultz (Beauftragter der SPD Bundestagsfraktion für das Branntweinmonopol) – mit voller Absicht und keineswegs betrunken – eines berühmten NS-Jargons bedient, dürfte in einer demokratischen Partei nicht länger tragbar sein. Ob die NRW-SPD allerdings den Mut aufbringt, ihren Abgeordneten zurechtzuweisen, darf bezweifelt werden.

Kommentiert

Hermann Dierkes

Kein Frieden ohne Gerechtigkeit

■ Fast 1.500 Tote, vor allem Zivilisten, Tausende Verletzte und Traumatisierte, immense Zerstörungen an der Infrastruktur. Der dreiwöchige Krieg der israelischen Regierung Olmert-Barak-Livni und der Armee gegen den dichtbesiedelten Gazastreifen war ein schweres Verbrechen gegen Völkerrecht und Menschlichkeit. Die Verantwortlichen müssen zur Rechenschaft gezogen werden. Dieser Krieg ist – wie so viele vor ihm – von langer Hand vorbereitet worden. Der Wahlkampf in Israel und der Wechsel der US-Regierung waren dabei wichtige Faktoren. Das ist die Meinung aller ernsthaften Beobachter, die sich die Lügen der israelischen Propaganda und ihrer Nachbeter in der EU und in den USA nicht zu eigen machen. Dem Krieg ging die 18-monatige Strangulierung des Gaza-Streifens durch Wirtschaftsblockade und rigide Kontrollen voraus. Damit wollte man die verhasste Hamas-Regierung zu Fall bringen, die 2006 demokratisch mit klarer Mehrheit gewählt worden war, nachdem die Fatah vollkommen diskreditiert war. Nun hat die Hamas den Krieg zwar nicht militärisch, aber politisch gewonnen. Frieden in Nahost gibt es nur nach einem gerechten Interessenausgleich zwischen Israel und den Palästinensern. Die israelische Besatzungspolitik, rassistische Ausgrenzung der arabischen Bevölkerung, illegale Besiedlung und Expansion müssen aufhören. Die Flüchtlinge und Vertriebenen müssen zurückkehren können bzw. entschädigt werden. Dafür kämpft auch die Friedensbewegung in Israel selbst. Sie verdient unsere volle Unterstützung.

Thomas Keuer

Klientel- statt Konjunkturpaket

■ Die Wachstumszahlen rauschen nach unten, die Arbeitslosigkeit nach oben. Was macht die Regierung? Bei der Bankenrettung war sie mit einer 480 Mrd. Euro Bürgschaft und Einlagen großzügig. Beim Rettungsschirm für Arbeitsplätze wurde mit 4 Mrd. geknausert. Nach Kritik hat die Regierung jetzt nachgelegt. Weiterhin wird gekleckert statt geklotzt. 9 Mrd. Euro sind für zusätzliche öffentliche Investitionen pro Jahr vorgesehen. Das sind knapp 0,4 % der Wirtschaftsleistung. Die LINKE fordert dagegen 50 Mrd. Euro jährliche Mehrausgaben in Bildung, Soziales und ökologischen Umbau. Die Bankenrettung greift nicht. Deshalb sollen Unternehmen mit bis zu 100 Mrd. Euro abgesichert werden. Dafür ist erneut viel Geld da! Ansonsten keine klare Linie und Wahlgeschenke mit sozialer Schiefelage. Wer 10.000 Euro im Jahr verdient, „spart“ 7 Euro Steuern im Monat. Wer 60.000 hat, muss 22 Euro weniger zahlen. Je Kind gibt es einmalig 100 Euro. Hartz IV-Kinder im Alter von 6 bis 13 Jahren erhalten jeden Monat 35 Euro zusätzlich. So wird Armut nicht bekämpft, geschweige der Absturz der Konjunktur. Ledige Hartz-IV-Opfer haben vom „Konjunkturpaket“ gar nichts. Nach aktuellen Zahlen für 2007 haben die reichsten 10 % der Bevölkerung in den letzten 5 Jahren noch mal satte 3 % zugelegt. Sie besitzen nun über 61 % des Gesamtvermögens. Gestiegen sind die Schulden der ärmsten 10 %. Sie sind im Durchschnitt mit rund 15.000 Euro verschuldet. Doch die Bundesregierung setzt ihre unsoziale Politik fort. Damit muss endlich Schluß sein. Die Einkommen müssen wieder deutlich steigen. Dazu brauchen wir den gesetzlichen Mindestlohn; und zwar flächendeckend! Die Reichen müssen durch eine Umkehr in der Steuerpolitik wieder stärker zur Finanzierung von Investitionen in Arbeit, Bildung und Umwelt beitragen.

Horst-Werner Rook

Organhandelskandal erfordert Konsequenzen

■ Am 14.01. erklärte das Erwerbslosen Forum Deutschland, dass die Stadt Duisburg die weltweite Verbreitung von Diffamierungen gegen Hartz-IV BezieherInnen über elektronische Medien zulasse. Anlass waren Äußerungen von MitarbeiterInnen der ARGE sowie der Sozialämter in einem städtischen Diskussions-Forum. U.a. wurde von Prof. Oberender von der Uni Bayreuth vorgeschlagen, dass Hartz-IV-Empfänger ihre Organe spenden sollen, um so ihren Lebensunterhalt zu finanzieren. Dazu wurden zynische und menschenverachtende Kommentare abgegeben. DIE LINKE forderte umgehend, dass OB Sauerland seiner Aufsichtspflicht nachkommen solle und aus diesem Organhandel-Skandal Konsequenzen gezogen werden müssen. Es reicht nicht aus, das Internetportal nur intern zu nutzen. DIE LINKE fordert, auch das interne Portal stillzulegen oder mindestens dafür zu sorgen, dass ein unabhängiges Kontrollgremium geschaffen wird, damit Diskriminierung von Hartz-IV-Betroffenen künftig ausgeschlossen wird. In einer Anfrage an den Ratsausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit am 9.02. fragt DIE LINKE Duisburg u.a., warum die Forenadministration nicht aufgrund der menschenverachtenden Kommentare aktiv wurde und welche Maßnahmen nach der Beschwerde des Erwerbslosen Forum Deutschland getroffen wurden.

Hamborner Erklärung

Krise der Kommunal Finanzen jetzt anpacken

■ **KommunalpolitikerInnen**, GewerkschafterInnen sowie BürgerInnen aus 7 Städten des Reviers und des bergischen Landes haben sich am 10.01.09 in Hamborn getroffen, um über die scharfe Krise der Kommunal Finanzen zu sprechen. Das Treffen beschloss die folgende Hamborner Erklärung (gekürzt; kompletter Text unter: www.die-linke-duisburg.de)

Sie wird inzwischen von weiteren Abgeordneten, KommunalpolitikerInnen, GewerkschafterInnen und Einzelpersonen unterstützt. Ihre Alternativen sind in der Debatte um die unzureichenden beiden Konjunkturpakete des Bundes umso wichtiger. Wir bitten um **Unterstützungserklärungen** an den

Koordinierungskreis
c/o Bürgerbüro Hüseyin Aydin (MdB)
hueseyin.aydin@wk.bundestag.de

bringen können, wird diese weiter zurück werfen. (...)

(...) Was Banken und Konzernen – ohne harte Auflagen, ohne strukturelle Veränderungen und mit zweifelhaften Erfolgsaussichten zugeschanzt wird, darf der kommunalen Ebene nicht verweigert werden. Die kommunalen Aktivitäten und die öffentliche Daseinsvorsorge sind für die Masse der Bevölkerung lebensnotwendig. (...)

Wir brauchen erstens und dringend ein umfassendes Entschuldungsprogramm für die kommunale Ebene. Dieses muss sowohl die Altschulden als auch Sicherungen gegen eine erneute Schuldenfalle umfassen. Wichtige Elemente (...) sind:

- der Wegfall der (unlängst erhöhten) Gewerbesteuerumlage für notleidende Kommunen;
- Investitionszuschüsse in Höhe von zunächst 3 Mrd. €;



„(...) Das Innenministerium greift über die Bezirksregierungen massiv ein und will einen verschärften Sparkurs, um ausgeglichene Kommunalhaushalte mit der Brechstange zu erzwingen. Die kommunale Schuldenkrise ist – bei allen örtlichen Fehlentwicklungen, die zweifellos auch eine Rolle spielen – nicht in erster Linie hausgemacht. Es ist vor allem die langjährige strukturelle Unterfinanzierung der kommunalen Ebene, die bei über 90 % ihrer Aktivitäten Bundes- und Landesgesetze umsetzen muss. Infolgedessen wurde auch das Prinzip der kommunalen Selbstverwaltung weitgehend ausgehöhlt. (...) Wenn dem verschärften Sparkurs (...) kein massiver Widerstand entgegen gesetzt wird, droht eine neue Qualität von Leistungskürzungen für die breite Masse der Bevölkerung. Erhöhte Gebühren und Abgaben sowie weitere Privatisierungen eingeschlossen. (...) Verschärfte Personalkosten senkung betrifft zehntausende Beschäftigte im öffentlichen Dienst. (...) Die erzwungene Verringerung der kommunalen Investitionsquote wird krisenverschärfend wirken und die Arbeitslosigkeit noch höher treiben. Das faktische Verbot der Inanspruchnahme von Fördergeldern durch Kommunen, die den Eigenbeitrag nur kreditfinanziert auf-

- die Neuverhandlung der Solidarpakts II mit dem Ziel, alle bedürftigen Kommunen unabhängig von ihrer geografischen Lage einzubeziehen;
- die Neuverhandlung der erdrückenden Zinslasten (...)
- die Neuaufteilung des Steueraufkommens auf die verschiedenen staatlichen Ebenen (...)
- die Einführung von Vetorechten der kommunalen Ebene, um etwa die fortgesetzte Missachtung der Konnektivität abzuwehren.

Wir brauchen zweitens ein umfassendes Konjunkturprogramm, das vor allem die kommunale Ebene und die öffentliche Infrastruktur stärkt. Dazu gehören

- die Entkoppelung von Fördergeldern von finanziellen Eigenbeiträgen für arme Kommunen
- Programme, die die Ausweitung von sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung fördern und die sog. 1-Euro-Jobs beenden;
- Qualitäts- und Zielkriterien für die öffentliche Infrastruktur (u.a. die energetische Sanierung; Förderung umweltfreundlicher Verkehrsträger; Sanierung und Ausbau von Bildungseinrichtungen) (...)

KOMMUNALWAHL 2009

Original Sozial.

DIE LINKE.
Kreisverband Duisburg

Für ein selbstverwaltetes und soziales Duisburg

KandidatInnen und Kernpunkte des Kommunalprogramms der Duisburger LINKEN

■ Das neue Kommunalprogramm ist für uns die verbindliche Richtlinie für die laufenden Aktivitäten und die Arbeit unserer MandatsträgerInnen, die bei den Kommunalwahlen 2009 in Rat und Bezirke gewählt werden.

Kommunale Sozialpolitik

Sozialpolitik wird wesentlich durch Bundesgesetze bestimmt. DIE LINKE bekämpft den massiven Sozialabbau durch die von SPD und Grünen unter Schröder beschlossene Agenda 2010,

den Hauptnutznießern einer offensiven kommunalen Sozialpolitik würden vor allem Frauen zählen.

Sanierung der Kommunalfinanzen

Duisburg ist – wie viele NRW-Kommunen – seit den 90er Jahren immer höher verschuldet. Die Zinslast erreicht bald 100 Mio. € pro Jahr. Rd. 90 % der kommunalen Aktivitäten bestehen in der Umsetzung von Bundes- und Landesgesetzen, für die viel zu wenig Geld bereitgestellt wird. Diese Unterfinanzierung muss dringend beendet werden. Die Altschulden Duisburgs (2,5 Mrd. €) und vieler weiterer NRW-Kommunen müssen neu verhandelt werden. Die Kommunen brauchen die Entschuldung. Weitere Kürzungspakete lehnen wir ab. Arme Kommunen müssen die Fördergelder aus den Konjunkturpaketen ohne Eigenanteil bekommen. Um neue kommunale Schuldenfallen



Kenan Ilhan
IG Metall-Betriebsrat und
Kreissprecher der LINKEN
Platz 8 der Ratsreserveliste
Direktkandidat in Beeckerwerth

die Hartz-Gesetze und deren Fortführung unter der Großen Koalition aus CDU/SPD. DIE LINKE ist original sozial: Im Bund, in den Ländern und Kommunen. Wir wollen, dass kommunale Sozialpolitik ihre Möglichkeiten nutzt, um solange gegenzuhalten, bis der Abbau auf Bundesebene gestoppt werden kann. Dazu gehören: Der Sozial-Pass (DU-Pass) nach Bedürftigkeit, das Sozialticket für die DVG, soziale Stromtarife bei den Stadtwerken, verbesserte Erstattung bei den Kosten der Unterkunft für Hartz-IV-Empfänger und ein breiter öffentlicher Beschäftigungssektor zu Tarifbedingungen. Zu



Brigitte Diesterhöft
Grundschullehrerin, Ratsfrau
Platz 1 der Ratsreserveliste
Direktkandidatin
in Obermarxloh

zu vermeiden, muss das staatliche Steueraufkommen völlig neu aufgeteilt werden. Heute kommen nur noch 13 % des Steueraufkommens bei den Kommunen an. Wir wollen 20 %. Nur



Hermann Dierkes
Transportvorarbeiter, Betriebsrat, Altersteilzeiter
Platz 2 der Ratsreserveliste, Vorsitzener Ratsfraktion
DIE LINKE, Direktkandidat in Alt-Hamborn

OB-Kandidat für DIE LINKE

■ DIE LINKE führt einen eigenständigen Wahlkampf. Wir wollen ein soziales, ökologisches, demokratisches und selbstverwaltetes Duisburg. Wir wollen unsere Ratsfraktion und unsere Mitstreiter in den Bezirksvertretungen deutlich stärken. Die Rüttgers-Regierung hat in NRW die Stichwahl bei der OB-Wahl abgeschafft. Weil es derzeit mit anderen Parteien in Duisburg keine ausreichende gemeinsame Basis gibt, um sich in der OB-Frage wahltaktisch abzusprechen, stellt DIE LINKE mit Hermann Dierkes einen eigenen OB-Kandidaten auf.

Die SPD hat sich neoliberal verrannt. Bundesweit steht sie für die schlimmsten Sozialkürzungen in der Geschichte der Republik und die Militarisierung der Außenpolitik. Ihr OB-Kandidat Jürgen Brandt war bis 2004 zusammen mit Frau OB Zieling einer der Hauptverantwortlichen für die Fehlentwicklungen in Duisburg. Er ist politisch verbrannt und nicht „brandtneu“. Gespräche mit der SPD sind ergebnislos verlaufen.

Die Grünen richten sich – nicht nur in Duisburg – auf ein Dauerverhältnis mit der CDU ein. Wirtschaftspolitisch haben sich die Grünen immer mehr der neoliberalen FDP angeeignet. In der Regierung Schröder/Fischer haben sie die Hartz IV-Politik mit betrieben. Umwelt- und friedenspolitische Grundsätze sind längst über Bord geworfen worden.

Die örtliche CDU ist Teil der Bundes-CDU, der Hauptpartei der Besitzenden, Bankiers und Börsenzocker. Darüber täuscht uns auch die örtliche CDU eines Adolf Sauerland nicht hinweg. Er hat mit leichter Hand viele der Blockaden beseitigt, die die SPD bis 2004 aufgestellt hat und die wir mit vielen anderen immer bekämpft haben. Die CDU setzt den Kürzungs- und Privatisierungskurs und die Politik der sozialen Kälte fort.

Nur DIE LINKE tritt konsequent für eine soziale, ökologische und demokratische Politik ein.

Vermögensverteilung

■ Die Deutschen sind reicher geworden – statistisch gesehen. Im Jahr 2007 wurde ein Durchschnittswert von 88.000 Euro pro erwachsene Person ermittelt. Das Vermögen wuchs damit gegenüber dem Jahr 2002 um 10 %. Das DIW ermittelte auf Grund einer Langzeitbefragung von 11.000 Haushalten, dass sich die Schere zwischen Arm und Reich in der gleichen Zeit weiter geöffnet hat. Das reichste Prozent (1%!) der Bevölkerung verfügt über fast ein Viertel des Gesamtvermögens. Das oberste Zehntel besitzt 60 Prozent. Mehr als zwei Drittel der Deutschen verfügen hingegen nur über neun Prozent des Vermögens. 27 Prozent haben nichts oder fast nichts auf der hohen Kante. „Die Reichen müssen wieder stärker zur Finanzierung von Investitionen in Arbeit, Bildung und Umwelt beitragen,“ fordert der ver.di Bundesvorstand zu diesem Skandal.

Wege aus der Krise

■ Der DGB erklärt, dass er die politische, wirtschaftliche und moralische Aufarbeitung der Finanz- und Wirtschaftskrise mit einem zweitägigen Kapitalismuskongress Mitte Mai mit anschließender Großdemonstration in Berlin vorantreiben und mitbestimmen will. Die Verantwortlichen von Politik, so DGB-Vorsitzender Sommer sollen endlich gezielt die wachsende Armut bekämpfen. Wenn nach Angaben des Forschungsinstitut der Bundesagentur für Arbeit rund zwei Millionen Vollzeitbeschäftigte als arm gelten, hätte man sich das vor Jahren noch nicht träumen lassen. „Jetzt ernten Politik und Wirtschaft, die die Schleusen für den Niedriglohnsektor geöffnet haben, die Früchte ihres unseligen Tuns,“ kritisierte Sommer. Denn sie hätten weisgemacht, dass nur Ein-Euro- und Minijobs, Niedriglöhne und prekäre Beschäftigung den Arbeitsmarkt in Ordnung bringen könnten.

Bürgerengagement geehrt

■ Die Duisburger Stiftung für Umwelt, Gesundheit und Soziales hat ihren mit 3.000 Euro dotierten Förderpreis 2008 an Friedhelm Fritschen und Kurt Schreiber vom Verein *Gemeinsam gegen Kälte Duisburg e.V.* für ihre engagierte ehrenamtliche Arbeit für Obdachlose und an das *Projekt Naturwerkstatt* für beispielhafte Umweltbildung mit SchülerInnen zuerkannt. Der *Standpunkt* schliesst sich den Glückwünschen für die Geehrten an!

so kann die kommunale Selbstverwaltung – wie sie die Verfassung vorsieht – wieder hergestellt werden. Sinnvolles Sparen (z.B. durch Energetische Sanierung) und die Vermeidung Schul-



Thomas Keuer
Gewerkschaftssekretär
Platz 6 der Ratsreserveliste
Direktkandidat in Alt-Walsum

den treibender Prestigeprojekte (wie der Parallelkanal) sind für DIE LINKE eine Selbstverständlichkeit.

Ausgewogene Stadtentwicklung

DIE LINKE hat sich seit 1999 für die Wiederbelebung der Innenstadt eingesetzt und gegen die geplante Mega-Mall auf dem alten Güterbahnhofs Gelände. Der Erfolg muss mit dem Masterplan Innenstadt und seinen positiven baulichen, verkehrlichen und ökologischen Gestaltungselementen weitergehen. Wir unterstützen die Neuausrichtung der Entwicklungsachse „Duisburg (zurück) an den Rhein“. Kritisch sehen wir, dass die öffentliche Hand viel Geld ausgibt für hoch belastete Industriegrundstücke. Innenstadtentwicklung und Entwicklung der Nebenzentren müssen Hand in Hand gehen. Wir wollen bezirkliche Entwicklungspläne und Investitionen. Die sozialräumliche Aufspaltung in besser gestellte und arme Stadtteile muss wieder rückgängig gemacht werden. Die Unterzentren müssen alles anbieten, was die Bevölkerung im Alltags-



Martina Ammann
Angestellte, Mitarbeiterin Wahlkreisbüro Hüseyin Aydin (MdB)
Platz 5 der Ratsreserveliste
Direktkandidatin in Neudorf-Nord

leben braucht. Nötig ist eine andere Verkehrspolitik: Wir wollen eine Stadt der kurzen Wege. Wir wollen Vorrang

für den öffentlichen Nahverkehr. Dynamische Bestandsentwicklung und die Wiedernutzung von Flächen haben für uns Vorrang vor Neubauten auf der grünen Wiese und weiterem Flächenfrass. Wir wollen den sozialen Wohnungsbau erhalten und wieder ankurbeln.

Demokratisierung der Demokratie

Wir wollen Mitbestimmung der EinwohnerInnen beim Kommunalhaushalt und ein Netz von Beiräten auf allen wichtigen Feldern der Kommunalpolitik – Ansätze dazu haben wir erreicht. Die Einführung der bezirklichen Haushaltstage ist vor allem Ergebnis des jahrelangen Werbens der LINKEN. Diese Errungenschaft muss weiter ausgebaut werden. Die Information der Verwaltung muss ergänzt werden durch die Vorstellung und Diskussion von Alternativen. Die Haushaltsversammlungen stimmen darüber ab und das Ergebnis wird den Entscheidungsgremien übermittelt. Rat und Bezirksvertretungen beziehen die Voten der Bürgerschaft in ihre Entscheidungen ein.

Zur Integration gibt es keine Alternative

Ein großer Teil unserer Bevölkerung hat einen Einwanderungshintergrund, insbesondere die Jugend. Sie ist Teil



Erkan Kocalar
Betriebsrat, Ratsmitglied
Platz 4 der Ratsreserveliste
Direktkandidat in Wanheim-Angerhausen

unserer Stadtgesellschaft, aber in ihrer Mehrheit auf fast allen Gebieten massiv benachteiligt. Ihre Integration ist eine erstrangige kommunale Querschnittsaufgabe. Wir streben ihre völlige rechtliche und soziale Gleichstellung an. Wir wollen ihre bürgerschaftlichen und wirtschaftlichen Potenziale entfalten. Akzeptanz der Vielfalt in einer globalisierten Welt nützt unserer Stadt und ist Voraussetzung für ein friedliches Zusammenwachsen.

Keine weitere Privatisierung von öffentlichem Besitz und Dienstleistungen

Diese sind unverzichtbar für die kommunale Selbstverwaltung und für die Herstellung von sozialer Gerechtigkeit. 2001 haben SPD/Grüne bereits 40 % der Stadtwerke an RWE und Evonik verscherbelt. Konzerne, die sich goldene Nasen verdienen. CDU/Grüne

haben 49 % des städtischen Klinikums privatisiert. Wir wollen die städtischen Anteile sobald es geht zurückhaben. Mit uns gibt es keine Privatisierung der 15.000 Gebag-Wohnungen, der DVG oder von Logport, um nur einige zu nennen. Wir lehnen die Sparkassennovelle der Rüttgers-Regierung ab, die zu einer schleichenden Privatisierung der öffentlichen Sparkassen führen soll.

Neue Bildungspolitik

Wir wollen ein Bildungssystem, das nicht ausgrenzt, sondern alle fördert. Dazu muss das dreigliedrige Schulsystem abgeschafft werden zugunsten



Barbara Laakmann
Schulleiterin
Platz 3 der Ratsreserveliste
Direktkandidatin in Bergheim-Nord

einer Schule für alle, in der bis zum 10. Schuljahr alle Kinder und Jugendliche aus einem Wohngebiet gemeinsam lernen und individuell gefördert werden. Schulen müssen überschaubar sein und im Ganztag geführt werden, sie müssen mehr bieten als nur Unterricht mit abfragbaren Ergebnissen. Sie sollen Lebens- und Erfahrungsraum sein und eine Einrichtung, die zum Leben im



Senay Samarsin
Sozialberaterin
Platz 11 der Ratsreserveliste
Direktkandidatin in Duissern

Stadtteil beiträgt. Dringend notwendig sind auch umfassende Sprachförderungs- und Erwachsenenbildungsprogramme.

Konsequente Umwelt- und Energiepolitik

Duisburg ist nach wie vor Hochbelastungsgebiet durch die ansässige Schwerindustrie. Hinzu kommt der überbordende LKW- und Autoverkehr. Studien haben bewiesen, dass sich in den Stadtteilen mit besonders hoher



Ingrid Jost
Diplom-Pädagogin
Platz 9 der Ratsreserveliste
Direktkandidatin in Altstadt-Ost

Umweltbelastung typische Krankheitsbilder häufen. Die Stadtpolitik muss bei Wirtschaft und Genehmigungsbehörden entschieden mehr Druck machen für die Sanierung von Altan-

lagen und für harte Umweltauflagen beim Neubau von emittierenden Großanlagen. Wir wollen NRW-weit flächendeckende Umweltzonen anstelle des Flickenteppichs. Wir wollen den Ausstieg aus der CO²-Wirtschaft und der Müllverbrennung nicht nur in Krefeld, sondern auch vor Ort. Wir wollen eine umfassende energetische Sanierung und Umstellung auf nachhaltige Energieträger (Solarkraft, Biogas, Windkraft, Erdwärme usw. Der Naturschutz muss ebenfalls gestärkt werden (z.B. durch einen verbindlichen Biotopverbund).

Vorrang für den öffentlichen Nahverkehr, den Radverkehr und eine Stadt der kurzen Wege

Wir wollen ein dichtes und intelligentes Netz von Nahverkehrsverbindungen in öffentlicher Regie zu attraktiven Preisen. Wir streben schließlich kostenlose Busverkehre an wie in Hasselt (Belgien) – durch Umschichtung der immensen Ausgaben für Auto- und LKW-Verkehr auf allen Ebenen.

Kinder und Jugendliche brauchen Zukunft

Kinder und Jugendliche haben Rechte auf umfassende Bildung, Entwicklung ihrer Persönlichkeit und gesellschaftliche Teilhabe – unabhängig davon, ob ihre Eltern arm oder reich, gebildet oder unerfahren, schon immer hier leben oder zugewandert sind. Wir wollen Kinderarmut bekämpfen, kostenlose Kitas für alle, ein neues Schulsystem und eine Ausbildungsplatzgarantie.



Herbert Fürmann
Tischler
Bezirksvertreter Hamorn
Platz 12 der Ratsreserveliste
Direktkandidat in Röttgersbach



Dilan Sert
Schülersprecherin
Platz 7 der Ratsreserveliste
Direktkandidatin in Vierlinden

Wir wollen Mitsprache- und Entscheidungsrechte in allen Angelegenheiten, die Kinder und Jugendliche betreffen.



Binalli Demir
Verfahrensmechaniker
und Betriebsrat
Platz 10 der Ratsreserveliste
Direktkandidat in
Beeck-Bruckhausen

Landesregierung streicht Wohnungslosenhilfe

„Die schwarz-gelbe Regierung will das lange bewährte Landesprogramm ‚Wohnungslosenhilfe‘ im Landeshaushalt 2009 ersatzlos streichen, wodurch viele der bundesweit wegweisenden Modellprojekte vor dem finanziellen Aus stehen“, kritisiert Rüdiger Sagel, fraktionsloser Abgeordneter der LINKEN im Landtag die unsocialen Pläne von CDU und FDP. Carolin Butterwegge, sozialpolitische Sprecherin der LINKEN. NRW ergänzt: „Obdachlosigkeit ist ein Ausdruck von absoluter Armut in unserem reichen Land. In Zeiten einer Wirtschaftskrise, deren soziale Folgekosten mit sich verschärfenden Arbeitslosigkeits- und Armutsrisiken derzeit kaum absehbar sind, die Hilfen für die Ärmsten der Armen zu streichen, zeigt glasklar, welche unverantwortliche Politik der sozialen Kälte die Christ- und die Freien Demokraten in Wahrheit betreiben.“

Neue Haushaltskürzungen

Die Bezirksregierung Düsseldorf fordert neue massive Kürzungen im Duisburger Haushalt. Die Stadt müsste jährlich weit über 100 Mio. Euro "einsparen", um bis 2013 den Haushaltsausgleich zu erreichen. Danach wären immer noch 2,5 Mrd. Altschulden zu begleichen. Die Ratsfraktion der LINKEN Duisburg lehnt das ab, fordert eine bessere Finanzausstattung der Kommunen für ihre gesetzlichen Aufgaben, massive Investitionszuschüsse und eine generelle Neuaufteilung des staatlichen Steueraufkommens. Fraktionsvorsitzender Hermann Dierkes: "Wenn jetzt die Kommunalaufsicht 'die Duldung weiteren Schuldenmachens aufkündigt', so ist dies auch ein weiterer massiver Anschlag auf die kommunale Selbstverwaltung, wie sie die Verfassung garantiert. Kommunalaufsicht ist keine Einbahnstraße. RP Büssow hat erklärt, dass das souveräne Budgetrecht des Rates nicht mehr bestehe. Der Rat könne nur noch im Rahmen seiner Vorgaben entscheiden. Niemand werde der Stadt helfen, sie müsse die Haushaltskrise aus eigener Kraft bewältigen. Herr Büssow hat den Rat eingeladen, mit seiner Behörde gemeinsam über weitere Kürzungen nachzudenken. Die SPD empfiehlt dem OB und dem Rat, diese 'ausgestreckte Hand' zu ergreifen. DIE LINKE wird diese Hand jedenfalls nicht ergreifen. Berechtigte Forderungen an eine soziale Stadtentwicklung und legitime Erwartungen der Bevölkerung sind mit uns nicht wegzukürzen."

Aktuelle Publikationen der LINKEN



Das Kommunalprogramm 2009 ist die verbindliche Grundlage für die politische Arbeit der MandatsträgerInnen und des Kreisverbands der LINKEN Duisburg.
112 Seiten, DIN A5, kostenlos



Leitlinien des Landesverbands der LINKEN NRW zur Kommunalwahl 2009. Die Leitlinien setzen den Rahmen für die örtlichen Kommunalprogramme.
52 Seiten, DIN A5, kostenlos

Die Broschüren sind in der Geschäftsstelle des Kreisverbands der LINKEN Duisburg, Mülheimer Str. 57, 47058 Duisburg zu beziehen. Telefon 02 03 / 8 05 63 87, Telefax 02 03 / 8 05 63 86, kreisverband@dielinke-du.de

Demokratisch und bürgernah

In den 7 Stadtbezirken schickt DIE LINKE 45 KandidatInnen ins Rennen



Heinrich Claus
Platz 6 Walsum

"Wir wollen endlich eine Umgehungsstraße, die den Schwerlastverkehr von der Teichstraße fernhält."



Ralf Schult
Platz 3 Walsum

"Wir wollen, dass das Naturschutzgebiet Rheinaue dauerhaft gesichert wird."



Carmen Hornung-Jahn
Platz 2 Hamborn

"Wir wollen, dass endlich das Kulturzentrum Ratskeller saniert wird und wieder eine vernünftige Gaststätte bekommt."



Dr. Detlef Feldmann
Platz 1 Meiderich

"Die Feinstaub- und Schwermetallbelastung in Meiderich muss deutlich runter."



Thomas Seelhoff
Platz 4 Meiderich

"Wir wollen, dass das Milchhofgelände vernünftig genutzt wird und nicht den jetzigen Handlungsschwerpunkt schädigt."



Michael Dubielczyk
Bezirksvertreter Mitte
Platz 1 Mitte

"Der Hauptbahnhof muss zügig saniert werden. Reisende dürfen nicht länger im Regen stehen!"



Mirze Edis
Bezirksvertreter Süd
Platz 1 Süd

"Zusammen mit den vielen Gegnern aus der Bürgerschaft wollen wir den Bau der gefährlichen CO-Pipeline verhindern."



Roland Busche
Bezirksvertreter Homberg
Platz 1 Homberg-Ruhrort-Baerl

"'Weiße Riesen' in Hochheide enteignen und abreißen – Wohnpark statt 'Brennpunkt'."



Margareta Fink
Platz 2 Homberg-Ruhrort-Baerl

"Kinderarmut muss auch durch eine städtische Sozialpolitik energisch bekämpft werden."



Hermann Schwierern
Platz 3 Homberg-Ruhrort-Baerl

"Im alten Hafenteil Ruhrort dürfen die Menschen nicht durch spekulative Luxusbauten verdrängt werden."



Werner Roming
Platz 1 Rheinhausen

"Wir brauchen endlich den DU-Pass mit Sozialticket für bedürftige EinwohnerInnen."



Dietrich Kunze
Platz 2 Rheinhausen

"Umweltbelastung durch Industrieemissionen und Schwerlastverkehre müssen in Rheinhausen reduziert werden."



LINKER ASCHERMITTWOCH

MITTWOCH, 25.02.2009

EINLASS 18.30 UHR | BEGINN 19.00 UHR

ALTE FEUERWACHE HOCHFELD
Friedenstr. 5 | 47053 Duisburg

Eintritt 8,00 Euro | Sozialpassberechtigte 4,00 Euro

Redner
Hermann Dierkes, OB Kandidat Stadt Duisburg
Wolfgang Zimmermann, Landessprecher DIE LINKE. NRW

Musik
Der Vorstand
Weltmusik aus dem Kohlenpott

DIE LINKE.
NORDRHEIN-WESTFALEN

Für ein soziales und ökologisches NRW

Landeskonferenz der LINKEN NRW: Alternativen zur schwarz-gelben Landesregierung

von Siggie Stoff

■ Am 17. Januar 2009 veranstaltete DIE LINKE NRW in Gelsenkirchen eine Konferenz, die sich mit den aktuellen politischen, sozialen und ökologischen Problemen des Bundeslandes NRW befasste und Alternativen zur sozialen Schieflage anbot.

Unterricht im herkömmlichen Sinne fand am 17.01. im Gelsenkirchener Berufskolleg nicht statt, obwohl die gut 250 TeilnehmerInnen aus unterschiedlichsten Organisationen von den ReferentInnen und in den späteren Arbeitsgruppen lehrreiche Informationen erhielten.

In seiner Eröffnungsrede betonte Landessprecher Wolfgang Zimmermann, dass DIE LINKE einen Politikwechsel in NRW anstrebe. Zimmermann wörtlich: „Wir wollen eine Abkehr von dieser Politik im Interesse der Konzerne und Reichen.“ Und weiter: „Wir wollen ein Land, in dem nicht jedes fünfte Kind in Armut aufwächst.“

Scharf kritisierte Zimmermann die Novellierung des Landespersonalvertretungsgesetzes und den damit verbundenen Abbau von demokratischer Mitbestimmung der ArbeitnehmerInnen. Zimmermann bedauerte, dass weder VertreterInnen der SPD noch der Grünen/Bündnis90 an der Konferenz teilnahmen, obwohl sie eingeladen wurden.



Nach Zimmermann sprach der erste Landtagsabgeordnete der LINKEN NRW, Rüdiger Sagel. Er berichtete unter anderem über die Fehlentwicklungen bei der LEG und betonte, dass die Landesregierung heute über soziale Positionen nachdenke, die DIE LINKE schon seit langem vertritt.

Als dritter Eröffnungsredner richtete Tayfun Keltok, Vorsitzender der Landesarbeitsgemeinschaft der Migrantenbeiräte NRW, ein Grußwort an die Anwesenden.

Gabriele Bischoff, von der Frauenzeitschrift WIR FRAUEN, betonte in Ihrem Beitrag, dass eine Politik, die nicht weniger will, als die Kräfteverhältnisse in unserer Gesellschaft zugunsten von abhängig Beschäftigten,

Erwerbslosen, RenterInnen, Jugend und MigrantInnen zu ändern, dies nur erreichen kann, wenn sie beide Geschlechter gleich behandelt. „Gleiche Rechte, gleiche Pflichten gleicher Lohn für gleiche Arbeit, gleiche Elternzeiten, gleiche Arbeitszeiten. Nicht mehr, aber auch nicht weniger will Frauenpolitik.“

Nach den Eröffnungsreden fand eine Podiumsdiskussion statt. VertreterInnen unterschiedlichster Organisationen stellten in kurzen Inputreferaten ihre Positionen zu den sozialen und ökologischen Problemen des Landes vor.

Im Anschluss an die Mittagspause wurde die Konferenz mit dem frauenpolitischen Beitrag von Gabriele Bischoff (Wir Frauen) fortgesetzt. Sie beton-

te, dass es darum gehe, dass Frauen in allen gesellschaftlichen, politischen und sozialen Bereichen des Lebens gleich gestellt werden. Um dies zu erreichen sei es notwendig, über alternative Lebensformen nachzudenken und diese zu praktizieren. Auch könne es nicht angehen, so Bischoff, dass Frauen immer noch für dieselbe Arbeit weniger verdienen als Männer.

Am Nachmittag teilte sich die Konferenz in verschiedene Arbeitsforen auf, die nach den Sachthemen Arbeit und Soziales, Bildung, Jugend, Migration, Ökologie, Wirtschaft und Finanzen, Verkehr und Energie gebildet wurden. Die Ergebnisse der Arbeitsgruppen sowie die Redebeiträge sind unter www.dielinke-nrw.de nachlesbar.

Aktuelle Publikationen der Ratsfraktion DIE LINKE



Sozialbericht 2007

Eine Kurzfassung und kritische Auswertung

DIE LINKE.
Ratsfraktion Duisburg

Eine Zusammenfassung und kritische Auswertung des städtischen Sozialberichts von 2007 mit eigenen Vorschlägen und Forderungen. *Auch auf Türkisch erhältlich.*

Alle Broschüren sind kostenlos zu beziehen

in der Geschäftsstelle der Ratsfraktion DIE LINKE, Gravelottestr. 28, 47053 Duisburg
Telefon 02 03 / 9 30 86 92, Telefax 02 03 / 9 30 86 94, buer@linksfraktion-duisburg.de



Nachgehakt!

Ergebnisse einer Kontrolluntersuchung über Barrierefreiheit öffentlicher Gebäude und Verkehrsmittel in Duisburg - Kurzfassung -

DIE LINKE.
Ratsfraktion Duisburg

Zwei Jahre nach einer umfangreichen Studie über Barrieren und Barrierefreiheit in Duisburg haben wir nachgehakt. Die Stichproben waren ernüchternd.



Zuwanderung ist Realität - Integration alternativlos

Leitlinien zur integrativen Kommunalpolitik

DIE LINKE.
Ratsfraktion Duisburg

Das aktuelle und detaillierte Programmpapier zu Fragen der Migration und Integration aus kommunalpolitischer Sicht.

Impressum

Redaktion Standpunkt
Mülheimer Str. 57, 47058 Duisburg
Telefon: 02 03 / 8 05 63 87
Telefax: 02 03 / 8 05 63 86

E-Mail (vorübergehend)
standpunkt@dielinke-ol-duisburg.de

Internet
www.dielinke-duisburg.de
www.linksfraktion-duisburg.de

Bankverbindung
Stadtsparkasse Duisburg, BLZ: 350 500 00,
Kto. Nr.: 227 006 368

Redaktion
Ute Abraham, Jürgen Aust, Hermann Dierkes (zugleich v.i.S.d.P.), Margret Fink, Thomas Keuer, Werner Roming, Horst-Werner Rook. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Auflage
23.000

Redaktionsschluss dieser Ausgabe:
26.01.09
Redaktionsschluss nächste Ausgabe:
13.03.09

Layout
Heiko Bugaj
www.heikobugaj.de

Druck
Druckhaus Schöneeweide, Berlin

Herausgeber
DIE LINKE Kreisverband Duisburg

Bezug
Wenn Sie den Standpunkt regelmäßig beziehen möchten, wenden Sie sich bitte an die Redaktion. Der Standpunkt finanziert sich durch Spenden. Für Ihre finanzielle Unterstützung wären wir Ihnen dankbar.

Kompetenter Konfliktvermittler will weitermachen wie bisher

Dietrich Schoch, Ombudsmann bei der ARGE, zieht Bilanz

■ Dietrich Schoch, Ansprechpartner bzw. Konfliktvermittler für „Kunden“ der ARGE, ist seit einem Jahr aktiv. Seine Bestellung wurde zunächst allseits begrüßt. Für seine zeitaufwändige und fachkompetente Tätigkeit erhält er nur eine geringe Aufwandsvergütung pro Fall. Doch kaum hatte er seinen ersten Rechenschaftsbericht in der Trägerversammlung gehalten, hagelte es auch schon Kritik. So äußerte der ARGE-Geschäftsführer Norbert Maul, dass dem Ombudsmann Kritik zu strukturellen Fragen nicht zustehe.

Die Mitglieder des Beirats Doris Janicki (Die Grünen) und Josef Wörmann (CDU) behaupteten, dass die aufgeführten Fälle nicht symptomatisch für die Arbeit der ARGE seien (WAZ vom 4.10.08). Es entstand der Eindruck, dass man den Ombudsmann zwar als schmückendes Beiwerk wollte, nicht aber als ernsthaften Konfliktvermittler. Erst nach einigen Auseinandersetzungen fand im Dezember eine Sondersitzung des Ratsausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales statt, wo Dietrich Schoch auch den anwesenden KommunalpolitikerInnen seinen Bericht in öffentlicher Sitzung vorstellen konnte.

Die Gerüchte, dass es nicht wenige gäbe, die den kritischen „Anwalt für ARGE-Kunden“ loswerden wollen, scheinen derzeit verstummt zu sein. Die Ratsfraktion der LINKEN hatte für die Dezember-Sitzung vergeblich einen Antrag gestellt, der dem Ombudsmann eine geregelte Arbeitsgrundlage verschafft und feststellt, dass er in seiner Arbeit unabhängig und frei von Weisungen ist.

*Das Gespräch führte
Werner Roming.*



Herr Schoch, Sie sind jetzt ein Jahr als Ombudsmann bei der ARGE tätig, wie bilanzieren Sie diese Zeit?

Nach meiner Berufstätigkeit, in der ich überwiegend im sozialrechtlichen Bereich tätig war, habe ich mit der Tätigkeit als Ombudsmann eine Möglichkeit gesehen, noch ein wenig helfen zu können. Es ist auch die Fortsetzung meiner ehrenamtlichen Tätigkeit, mit der ich seit Jahrzehnten insbesondere für die freie Wohlfahrtspflege aktiv war, u. a. auch in der Sozialberatung.

Die Bilanz ist einerseits davon geprägt, dass die betroffenen Bürger und insbesondere auch die Wohlfahrtsverbände meine Tätigkeit zustimmend begleitet haben, andererseits aber auch von Kritik daran, dass Aussagen der Betroffenen der Öffentlichkeit bekannt wurden. Nach ungefähr 200 Gesprächsterminen mit Betroffenen und dem Erfahrungsaustausch mit Sozialpartnern am Markt habe ich einen Eindruck davon, welche Probleme die Umsetzung des SGB II (im Sprachgebrauch Hartz IV) der ARGE bereiten.

Wie bewerten Sie die Tätigkeit eines Ombudsmanns und was konnten Sie in dieser Zeit bewirken?

Angesichts der Vielzahl der Probleme, die mir von Betroffenen, aber auch von wohlfahrtsverbandlichen und anderen Sozialberatern geschildert werden, halte ich die Arbeit für sehr wichtig. Einen Beitrag zur Lösung von strukturellen Fragen habe ich im Ergebnis nicht leisten können. Das war von der ARGE-Geschäftsführung offenbar auch nicht gewollt.

Welche Probleme traten am häufigsten auf, war es möglich, den

betroffenen ARGE-Kunden zu helfen?

Folgende Probleme sind mir häufig geschildert worden: Leistungsansprüche wurden nicht voll erfüllt, sei es durch die Rückzahlung von Kauttionen oder die Verweigerung der vollen Übernahme der Unterkunftskosten und aus anderen Gründen. Die begrenzte Erreichbarkeit der Fallmanager, die unverständlichen Bescheide, von denen manchmal mehrere an einem Tag mit jeweils über 10 Seiten eingingen, der Umgang mit den Fragen der Rat suchenden Bürger, das sind ebenfalls Gründe, aus denen meine Sprechstunden aufgesucht wurde. Inwieweit dem jeweils Fehler zugrunde lagen – darauf zielt die Frage ab – soll dahinstehen.

Wie stellen Sie sich Ihre zukünftige Arbeit als Ombudsmann der ARGE Duisburg vor, was müsste sich ändern?

Ich würde gerne so weitermachen wie bisher. Erreichen möchte ich, dass nicht nur in Einzelfällen fehlerhafte Ergebnisse korrigiert werden, sondern dass die ARGE nicht nur meine, sondern auch die weitgehend übereinstimmenden Erkenntnisse der übrigen Akteure in dem Bereich von Hartz IV dazu nutzt, strukturelle Probleme in den Blick zu nehmen.

Beratungstermine mit Herrn Schoch nur nach telefonischer Vereinbarung über das Service-Center der ARGE: 0203 / 3 02 – 19 10.

Termine

08.02.09, 11.00 Uhr

Sonntagmatinee „Heinrich Heine“, Bürgerbüro Mülheimer Str. 57, DU-Mitte

11.02.09, 18.30 Uhr

Mitgliederversammlung der LINKEN, Haus Kontakt, Scharnhorststr. 32

18.02.09, 19.00 Uhr

Palästinensische Realität heute
Wie ist ein gerechter Frieden möglich? Referent: Dr. Rihbi Yousef
Deutsch-Palästinensische Gesellschaft. Ratskeller Hamborn, Duisburger Str. 213.

23.02.09, 19.00 Uhr

Chavez – ein Staatsstreich von Innen
Bürgerbüro Mülheimer Str. 57,

25.02.09, 19.00 Uhr

Politischer Aschermittwoch
Gruppe "Der Vorstand – Weltmusik aus dem Kohlenpott" Alte Feuerwache, Friedenstr., DU-Hochfeld

07.03.09

Zentrale Veranstaltung der LINKEN zum Internationalen Frauentag
Tribunal gegen prekäre, flexible und ungeschützte Arbeitsverhältnisse
Reinoldinum Dortmund

08.03.09

Internationaler Frauentag
Sonntagmatinee mit Kulturprogramm. Bürgerbüro Mülheimer Str. 57, DU-Mitte

11.03.09, 18.30 Uhr

Mitgliederversammlung der LINKEN, Haus Kontakt, Scharnhorststr. 32

16.03.09, 19.00 Uhr

Infoveranstaltung mit RA Conrads zu Hartz IV. Bürgerbüro, Mülheimer Str 57, DU-Mitte

28.03.09

Großdemonstrationen in Frankfurt und Berlin: Wir zahlen nicht für eure Krise

Sozialberatung für Erwerbslose und Arbeitnehmer

DIE LINKE.

DU-Mitte

Kreisverband Duisburg
Mülheimer Str. 57

Jeden *Mittwoch* von 10–13 Uhr
In dieser Zeit steht ein Jurist zur Verfügung.

Telefon: 02 03 / 8 05 63 87

Duisburg-Hochfeld

Ratsfraktion Duisburg
Gravelottestr. 28

Jeden *Mittwoch* von 10–14 Uhr

Und nach Vereinbarung.

Telefon: 02 03 / 9 30 86 92

www.dielinke-duisburg.de